

## Personen – Fakten - Trends

---

### Liquidierung von *Memorial*

*Memorial*, die wichtigste Organisation zur Aufarbeitung der in der Sowjetzeit begangenen Verbrechen, gibt es nicht mehr. Sie wurde verboten. Gegründet wurde sie 1988 zur Zeit der Perestroika. Ihr Gründer, der 2017 verstorbene Historiker Arseni Roginski, war selbst ein Opfer sowjetischer Gewaltherrschaft. Er kam im Gulag zur Welt. 1981 zu einer Lagerhaft verurteilt, verbrachte er als Dissident erneut vier Jahre an diesem Ort des Schreckens. Über 30 Jahre widmete sich *Memorial* der Reinigung des russischen nationalen Gedächtnisses sowie dem Gedenken an die Opfer sowjetischer Repressalien. Zahlreiche detaillierte Untersuchungen belegen den staatlichen Terror jener Jahrzehnte. Besonders bemerkenswert ist eine umfangreiche Publikation, die namentlich die vom sowjetischen Geheimdienst in Katyn ermordeten polnischen Offiziere dokumentiert. In den letzten Jahren geriet *Memorial* zunehmend unter politischen Druck. Neben anderen NGOs fand auch diese Organisation ihren Platz auf der „Liste der Agenten“, wozu es ausreicht, aus dem Ausland Spenden zu erhalten.

Bezeichnend für die Willkür der unter Putin staatlich gelenkten Justiz ist die Anklage des russischen Staatsanwalts Aleksiej Zafiewow: „*Memorial* ist eine Gefahr für die Gesellschaft, beschmutzt das historische Gedächtnis, versucht, die nazistischen Verbrecher und die Verräter des Vaterlandes zu rehabilitieren, schafft ein verlogenes Bild der Sowjetunion und des Gedenkens an den Krieg. Sollen wir, die Nachkommen der Sieger, uns schämen, statt Stolz auf unsere glorreiche Vergangenheit zu sein?“

Das Verbot von *Memorial* ist eine politische, vom Kreml getroffene Entscheidung. Putin und seinen Leuten stand *Memorial* im Weg, bildete ein Hindernis für die Verwirklichung ihrer geschichtspolitischen Ziele, für die Erneuerung des Glaubens an die Größe eines fleckenreinen Russlands, das nur Helden und Verräter kennt. (Th. M.)

\*\*\*

### Jörg Alt – Jesuit und Dieb

Jörg Alt, geboren 1961 in Saarbrücken, ist seit 1981 Mitglied des Jesuitenordens und seit 1993 Priester. Er ist Sozialethiker, derzeit Hochschulpfarrer in Nürnberg und Aktivist. Er hat für den Jesuiten-Flüchtlingsdienst gearbeitet und initiierte in den 1990er Jahren die Kampagne für ein Verbot von Landminen. Aktuell engagiert er sich für die sozialökologische Transformation, er unterstützt Fridays for Future und kämpft gegen die Verschwendung von Lebensmitteln.

Im Dezember 2021 leitete deshalb die Staatsanwaltschaft Nürnberg gegen ihn ein Strafverfahren ein wegen Diebstahls in besonders schwerem Fall – nachdem er sich selbst angezeigt hatte. Es geht ihm nicht nur um die Verteilung von containerten Lebensmitteln an Bedürftige, sondern er sieht darin auch eine symbolische, öffentliche Aktion. Im Rahmen des „Aufstands der letzten Generation“, in dem diese stattfand, soll auf die Notwendigkeit einer grundlegenden Wende in der Agrarpolitik hingewiesen werden. Die Aktion soll die Bundesregierung daran erinnern, dass im Ampel-Koalitionsvertrag ein Lebensmittelrettungsgesetz versprochen wurde; ein Gesetzentwurf existiert bereits, es gebe also „keinen Grund, die Dinge zu verzögern“. Alt sicherte zu, er werde alle Auflagen und Strafen akzeptieren, wenn das Gesetz verabschiedet ist. Solange das nicht der Fall ist, werde er „weiter sticheln“, indem er sich durch möglichst viele Instanzen klagen will. Um keine Gelder seines Ordens zu verwenden, will er diese juristische Auseinandersetzung durch Spenden finanzieren. Bis zum Redaktionsschluss war nicht zu erfahren, ob es zu einem Urteil in der „Strafsache Alt“ gekommen ist.

(Quellen: SZ 23.12.2021, „Links am Tag des Herrn“ – Die Eule 2.1.2022, DLF Kultur 6.1.2022; bei [katholisch.de](http://katholisch.de) gibt's ein Interview mit Alt zu lesen)

\*\*\*

## **Frauenordination in der lutherischen Kirche Polens**

Auf der letzten lutherischen Synode in Polen stimmten 45 von 59 Synodalen für die Zulassung von Frauen zur Ordination. Die Entwicklung zum Synodenbeschluss reicht weit zurück. Seit 1993 können Frauen in den Gemeinden Gottesdienste halten. 1999 wurde für sie das Amt der Diakonin eingeführt. Eine jahrelange Diskussion klärte die biblische Grundlage dieses Beschlusses und hob die Bedeutung von Frauen in den urkirchlichen Gemeinden hervor. Letztlich vorbereitet wurde die Entscheidung durch die synodale Kommission, die 2008 zu dem Ergebnis gelangte, dass für die Ordinierung von Frauen keine theologischen Hindernisse bestehen.

Ausschlaggebend für den synodalen Beschluss war auch das lutherische Amtsverständnis. Anders als in der römisch-katholischen Kirche kennen die Lutheraner kein Sakrament der Priesterweihe und damit kein Priestertum im strengen Sinn. Für sie endete das Priestertum entsprechend dem Hebräerbrief mit dem Hohepriestertum Jesu Christi, so dass es für sie keinen durch eine Weihe aus der Gemeinschaft der Gläubigen herausgehobenen Priester gibt, der als Mann gleichsam *in persona* Christi liturgisch handelt.

Bereits ab dem 1. Januar 2022 können sich Frauen, die in der lutherischen Kirche als Diakoninnen tätig sind, um ein Pfarramt bewerben. Auch das Bischofsamt steht ihnen nunmehr grundsätzlich offen. Doch ehe es dazu kommt, dürften wohl noch viele Jahre vergehen.

Praktisch ändert sich zunächst wenig, denn bereits jetzt erfüllen Diakoninnen dieselben pastoralen Aufgaben wie die ordinierten Pfarrer, denen sie unterstellt sind. Mit ihrer Zulassung zur Ordination können sie nun selbst ein Pfarramt übernehmen und sind ihren männlichen Kollegen gleichgestellt.

Auf die katholische Kirche Polens dürfte der Synodenbeschluss keine Auswirkungen haben. Als Minderheitskirche mit rund 60 000 Gläubigen ist seine öffentliche Wirkung marginal. Negative Auswirkungen auf die ökumenischen Beziehungen sind gleichfalls nicht zu erwarten. (Th. M.)

\*\*\*

## **PGR-Wahlen im Bistum Trier**

Ende Januar 2022 fanden im Bistum Trier in den 35 zu Jahresbeginn fusionierten Pfarreien Wahlen zu den Pfarrgemeinderäten statt. 220.000 Katholikinnen und Katholiken waren zur Wahl des ersten PGR nach dem Zusammenschluss aufgerufen. Fast 12 % gingen zur Wahl oder gaben per Brief ihre Stimme ab. Die Wahlbeteiligung lag damit etwa gleich hoch (oder niedrig, je nach Sichtweise) wie bei den im November 2021 stattgefundenen Wahlen in den nicht-fusionierten Gemeinden, die rund 916.000 Katholiken zählen. Im Vergleich zu den Wahlen 2015 ist die Beteiligung um ca. 2 % gesunken. Auch hier weist der Trend nach unten, aber offenbar weniger dramatisch als bei anderen statistischen „Kennziffern“.

Bemerkenswert scheint auch, dass die Wahlbeteiligung sehr unterschiedlich war, in St. Goar am Rhein lag sie mit 29,33 % am höchsten, in der Saarbrücker Innenstadtpfarrei St. Johann mit 1,72 % am niedrigsten. (Notabene: imprimatur erscheint in Saarbrücken!)

\*\*\*

## **Was polnische Nationalkatholiken zu COVID-19 zu sagen haben**

Organisiert von der zum Medienimperium von Pater Rydzyk gehörenden Thorner Akademie für Soziale und Mediale Kultur fand unter dem Titel „Die Gesichter der Pandemie“ ein Symposium statt. Vertreten wurde die Ansicht, bei der Corona-Pandemie handele es sich um den größten von Medien und Pharmakonzernen ausgedachten Betrug. Genetische, Impfspritzen genannte Präparate würden den Tod von hunderten Personen bewirken, und den Kindern würden durch die Masken die Gehirne zerstört. Zudem würden Regierungen und Konzerne Informationen unabhängiger Experten, darunter auch solche des Symposions, blockieren.

Fast zeitgleich zu diesem Symposium äußerte sich Papst Franziskus zu den auch in

katholischen Medien verbreiteten *fake news* zu COVID – 19. Es gehe nicht darum, so der Papst, jenen die Schuld für die Desinformationen und Verschwörungstheorien zuzuschreiben, die sie aus Unwissen und Angst verbreiten, wohl um die Personen, Organisationen und Medien, welche die Fakten um eines ökonomischen oder politischen Vorteils willen manipulieren.

Quelle: Edward Augustin, *Katolocki fake news w twoim domu* (Katholische fake news in deinem Haus), *Tygodnik Powszechny* v. 6.02.2022, S. 10 (Th. M.).

\*\*\*

## **Christian Herwartz SJ verstorben**

Der Jesuitenpater, Arbeiterpriester und Gründer der sog. Straßenexerzitien ist am 20. Februar 2022 in Berlin im Alter von 78 Jahren verstorben. Er war vielen Menschen, auch jenseits kirchlicher Milieus, wegen seines ungewöhnlichen Lebenslaufs und seines außergewöhnlichen Engagements für Menschen am Rande der Gesellschaft bekannt. Christian Herwartz wurde 1943 als ältester von sechs Söhnen des Ehepaars Anneliese, geb. Bratsch, und Oskar Herwartz geboren. Dieser war U-Boot- Kommandant und später Kapitän der Bundesmarine. Die Familie wechselte wegen des Berufs des Vaters öfter den Wohnort, was es mit sich brachte, dass Christian Herwartz zunächst keinen höheren Bildungsabschluss erreichte. Er begann sein eigenes Berufsleben auf einer Werft in Kiel, wechselte zur Bundeswehr – später verweigerte er nachträglich den Kriegsdienst – und holte 1969 das Abitur nach. Er trat in das Noviziat der Gesellschaft Jesu ein, nach dem Theologiestudium in Frankfurt St. Georgen folgte eine Ausbildung in der Metallindustrie in Frankreich. Dort lernte er die Arbeiterpriester-Bewegung kennen. 1976 wurde er zum Priester geweiht, ab 1978 begann er als Dreher und Lagerarbeiter in Berlin und schloss sich dem Kreis der „Arbeitsgeschwister“ an. Er wohnte in einem Arbeiterwohnheim und einer Ausländerunterkunft, ab 1979 mit einem Mitbruder in einer eigenen Wohngemeinschaft, in der sie auch Menschen in unterschiedlichsten Notlagen aufnahmen, und scheute sich dabei nicht, Grenzen des Legalen zu überschreiten. „Seine Bereitschaft und Fähigkeit, Konflikte anzusprechen und zu provozieren ... machten ihn bekannt und in bürgerlichen Kreisen auch gelegentlich gefürchtet“, heißt es im Nachruf seines Ordens.

Im Jahr 2000 wurde Herwartz in den vorzeitigen Ruhestand entlassen. In der Wohngemeinschaft wollten Mitbewohner sich von ihm bei Exerzitien begleiten lassen. Aus diesen ersten Erfahrungen von Exerzitien auf der Straße als Ort der Betrachtung entwickelten sich die „Exerzitien auf der Straße“, die zu einer landes- und schließlich weltweiten überkonfessionellen Frömmigkeitsbewegung wurde. 2016 zog sich Herwartz wegen einer fortschreitenden Parkinson-Erkrankung aus der Wohngemeinschaft zurück, ab März 2020 wechselte er in ein ordenseigenes Seniorenheim. „Sein plötzlicher Tod erschüttert nun viele Menschen. Sein Vermächtnis wird neben den Publikationen, die bereits vorliegen, noch weiter zu entdecken und zu würdigen sein.“ - Der Verstorbene erhielt 2008 den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland und 2013 den Ökumenepreis des Ökumenischen Rates Berlin-Brandenburg.

([www.jesuiten.org/news](http://www.jesuiten.org/news) 20.02.2022, KNA 21.02.2022)